

<b>Titel</b>	Kohleausstieg bis 2030: Eine politische Antwort auf Fridays for Future		
<b>AntragstellerInnen</b>	Jusos Tübingen,		
<b>Zur Weiterleitung an</b>	Juso-Bundeskongress,	SPD-Bundestagsfraktion,	SPD-Landesparteitag

---

## Kohleausstieg bis 2030: Eine politische Antwort auf Fridays for Future

Am 15. März sind weltweit wieder tausende Schüler\*innen und Studierende im Rahmen der Fridays for Future Bewegung auf die Straße gegangen. Sie senden ein klares Zeichen an die Regierungen dieser Welt: "Wir lassen uns unsere Zukunft nicht kaputt machen!"

Wir stehen klar an der Seite der Demonstrierenden und verurteilen alle Versuche, ihre Forderungen als nicht beachtenswert abzutun. Die Stimme der Jugend ist die Stimme der Zukunft.

Doch neben den wichtigen Solidaritätsbekundungen mit den Teilnehmenden der Fridays for Future Proteste muss nun endlich auch eine politische Antwort folgen:

Wir begrüßen, dass sich die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung auf einen Kompromiss zum Ausstieg aus der Kohleenergie einigen konnte. Für den Einstieg in den Ausstieg ist damit ein wichtiger Grundstein gelegt, der alle Gesichtspunkte dieses Prozesses miteinbezieht. Den wichtigen Investitionen in den Strukturwandel der betroffenen Regionen und der Sicherstellung der Stromversorgung Deutschlands wurde Rechnung getragen. Aus umweltpolitischer Sicht begrüßen wir besonders das schnelle Abschalten einiger Kohlekraftwerke mit insgesamt 12,5 Gigawatt Kapazität bis 2022.

Einen finalen Kohleausstieg 2035, geschweige denn 2038, halten wir jedoch für deutlich zu spät. Um eine Chance zu haben, das 1,5 Grad Ziel des Paris-Abkommens einzuhalten, muss Deutschland bis 2030 vollständig aus der Kohleenergie aussteigen. Die Einhaltung dieses Ziels bildet für uns die umweltpolitische Leitlinie.

Um einen Ausstieg aus der Kohleenergie bis 2030 realisieren zu können, braucht es einen neuen, klar abgesteckten Fahrplan für den Ausstieg aus der Kohleenergie. Dieser Fahrplan muss feste Daten für das Abschalten der Kohlekraftwerke, Maßnahme für den schnelleren und intelligenteren Ausbau des Stromnetzes und der erneuerbaren Energien sowie frühere Investitionen in den Strukturwandel beinhalten.

Die Empfehlungen der Kommission bezüglich Reallaboren für Energie und Forschung sind sehr umfangreich. Sie sollten rasch vertieft geprüft und umgesetzt werden, denn sie bieten gesellschaftliche und wirtschaftliche Chancen für nachhaltige Entwicklungsansätze und für eine Green Economy.

Um diesen Fahrplan durchzusetzen, finden wir die bereits geplante Evaluation des Prozesses in regelmäßigen Abständen besonders wichtig. Allerdings halten wir es für sinnvoller, diese Überprüfungen alle zwei Jahre anzusetzen, anstatt des bis jetzt vorgesehenen Drei-Jahres-Rhythmus. So ist gewährleistet, bei unvorhergesehenen Verzögerungen politisch schneller reagieren zu können.

Der Beschluss der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung muss zudem um eine verbindliche Regelung erweitert werden, die garantiert, dass der Hambacher Forst und Dörfer in Braunkohlegebieten auch nach 2020 nicht weiter zum Zweck der Braunkohlegewinnung zerstört werden dürfen.

Die betroffenen Energiekonzerne fordern nun milliardenschwere Abwrackprämien für alte Kohlekraftwerke, obwohl diese bis zu ihrem Abschalten größtenteils abgeschrieben sein werden. Wer jahrelang an der Kohle als Energieträger verdient hat, darf jetzt nicht noch dafür belohnt werden. Abwrackprämien für veraltete Kohlekraftwerke wollen wir deshalb nur dann zahlen, wenn dies rechtlich nötig ist.

Dennoch sind wir uns der Tatsache bewusst, dass durch einen früheren Ausstieg aus der Kohleenergie auch höhere Kosten entstehen. Diese Mehrkosten nehmen wir aber gerne in Kauf, denn nur durch eine deutliche Reduktion der Treibhausgase auch im Energiesektor kann ein echter Schritt zum Erhalt unseres Planeten getan werden.

Diese wichtigen Schritte gilt es nun möglichst schnell in ein Gesetz zu gießen. Die Jugend erwartet, dass die Politik handelt - genau das muss sie jetzt tun.

*Zur Weiterleitung an*

Juso-Bundeskongress, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesparteitag